

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Spiel mit der Katastrophe ; Griechenland und die Folgen ; Ein Aufbauprogramm ; Deutschland und Europa ; Wirnis überall ; Angelsächsische Sorgen ; Der Kampf Indochinas

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138959>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ständlich ist es durchaus möglich, daß ein faules Spiel mit ihnen getrieben wurde (vielleicht durch ein Versprechen, ihnen, wenn sie die Rolle vor Gericht gut spielten, das Leben zu schenken), oder daß sie mit den bekannten unheimlichen und grausamen Mitteln, mit denen man fast bei jedem Menschen Geständnisse zu erpressen vermag, präpariert wurden. Aber es kann auch sein, daß diese Menschen ehrlich zusammenbrachen vor ihrem Gott, dem Gott der Macht, an den sie glaubten und dem sie lange genug selbst gedient hatten. Es war die reuige Heimkehr des Sünders zu der Erkenntnis, daß es «vorerst einmal» auf die Macht ankommt.

Verehrteste Frau Herz, ich breche hier für diesmal ab. Aber es soll nicht mein letztes Wort in dieser Sache sein. Ich habe noch sehr viel zu sagen, und das Beweismaterial häuft sich mir unter den Händen. Ich habe erst sehr wenige meiner Quellen zitiert, weil es mir vorerst daran lag, das Grundfätzliche nach Möglichkeit klar zu stellen. Ein Freund hat mir beorgt geschrieben und mich gefragt, ob nicht irgendein Ressentiment mir die Feder führe. Ich müßte ihm antworten, daß mit dem Wort Ressentiment viel zu wenig gesagt ist. Es ist nicht Ressentiment, sondern tiefster Abscheu, jener Abscheu und jenes Leid, in dem wir alle während schwerer Jahre einig waren, der Abscheu vor der Vergewaltigung des Menschen und die Leidenschaft für das Recht. Ich glaube bestimmt, daß wir uns in diesen Gefühlen und Gesinnungen wiederfinden, wie ich hoffe, bevor die weiteren Enthüllungen, die der Gang der Geschichte bringen wird, uns wieder zusammenführen.

In dieser Hoffnung grüße ich Sie in Verbundenheit.

Paul Trautvetter.

Weltrundschau

Spiel mit der Katastrophe In einem Vortrag, den er in Zürich gehalten hat, hat letzthin Professor Zwicky von der Technischen Hochschule des Staates Kalifornien (in Pasadena) von den «Supernovae» erzählt, jenen ungeheuren Sternexplosionen, die den betroffenen Himmelskörper plötzlich zu einer phantastischen Helligkeit aufblitzen lassen. Solche Weltkatastrophen, so sagte der amerikanisch-schweizerische Gelehrte, seien zwar sehr selten, aber das sei eigentlich erstaunlich, da jeder große Himmelskörper weit vom thermo-dynamischen Gleichgewicht entfernt sei. «Die Erde selbst ist in diesem Sinne ein äußerst gefährliches Pulverfaß. Sie ist zwar zu klein, um, auch wenn sie restlos zerstrahlt, eine Supernova zu werden. Trotzdem würde sie bei ihrem Abplatzen zu einer ganz ansehnlichen gewöhnlichen Nova Anlaß geben. Der Erde mag sehr wohl auf diese Weise die letzte Stunde schlagen, falls jene, welche lernen, die dafür

hinreichenden Kernreaktionen zu zünden, ihre Versuche schlecht handhaben, oder wenn sie darauf aus sind, dem Genius des Menschen zum Verräter zu werden.»

Professor Zwicky hat natürlich auf die jetzt grundsätzlich gelungene *Atomzertrümmerung* und die dadurch möglich gewordene Herstellung von *Atombomben* anspielen wollen, welche die Gefahr einer Weltkatastrophe im eigentlichen Sinne heraufbeschworen hat. Wie verheerend die Atombombe wirken kann, auch wenn sie «fachmännisch» erzeugt und abgeworfen wird, das geht aus der *Zuschrift* eines Wasserverforgungs-Ingenieurs an eine amerikanische Zeitschrift hervor, in der auseinandergesetzt wird, daß fünf Atombomben, richtig placiert — der Verfasser gibt ein paar solcher «Schlüsselstellungen» genau an —, vollkommen genügen würden, um die Trinkwasserleitungen der wichtigsten Teile der Vereinigten Staaten zu zerstören und so alles Leben in diesen Gebieten zu vernichten. Von den übrigen Anwendungsformen und Wirkungen der Atombomben gar nicht zu reden.

Diese Aussichten muß man sich immer vor Augen halten, wenn man die ganze Gewissenlosigkeit des Spieles mit einer wirklichen Menschheitskatastrophe ermessen will, zu dem jetzt alles Kriegsdenken und alle Kriegsrüstung geworden ist. Daß die *Vereinigten Staaten* sich gegenwärtig diesem Spiel vor allen anderen Ländern hingeben, liegt in der Natur der Sache; der Besitz des Atombombenmonopols würde auch ein anderes Volk aus dem Gleichgewicht bringen, denke man nur etwa an die Wirkungen, die der bloß *vermeintliche* Besitz einer «Wunderwaffe» gegen Ende des zweiten Weltkrieges auf das deutsche Volk ausgeübt hat. Aber darum ist die «Atombombenpolitik», die jetzt in Amerika immer mehr Anhänger findet, trotzdem nicht weniger lebensgefährlich. Ist es schon an und für sich erschreckend zu sehen, wie ungehemmt drüben vom «dritten Weltkrieg» als von einer Wahrscheinlichkeit, ja Unvermeidlichkeit geredet wird, so ist es noch bedenklicher, wenn das amerikanische Kriegsministerium in einem unlängst veröffentlichten Bericht über die Kriegsführung der Zukunft feststellt, daß die Vereinigten Staaten die Erhaltung des Friedens mit ihrem Vorrat von Atombomben nur noch auf etwa sechs Jahre sichern könnten, da bis zu diesem Zeitpunkt auch andere Länder das Geheimnis der Herstellung der Atombombe entdeckt haben würden. Der Schluß: «Also nützen wir unseren Vorsprung aus, so lange es noch Zeit ist!», wird ja dadurch dem amerikanischen Volke geradezu zwangsmäßig aufgedrängt, und daß die Zahl derjenigen, die ihn tatsächlich ziehen, immer größer wird, ist denn auch jedem klar, der die öffentliche Meinung in Amerika etwas genauer beobachtet. Erst kürzlich hat beispielsweise der frühere Gouverneur von Pennsylvania, Earle, der auch einmal amerikanischer Gesandter in Wien

und in Sofia war, vor einem Parlamentsausschuß sagen können: «Weil wir nicht *zuerst* angreifen wollen, so werden, wie ich glaube, in fünf Jahren nicht mehr als zehn Prozent von uns noch am Leben sein», ohne einen Entrüstungsturm aller anständig gesinnten Amerikaner heraufzubeschwören. Herr Earle brauchte nicht erst zu erzählen, daß die *Russen* demnächst Atombomben in amerikanische Häfen einschmuggeln würden, die dann alle gleichzeitig losgehen würden, um deutlich zu machen, was er mit seiner «Warnung» meinte: Auslösung des *Präventivkrieges* gegen die Sowjetunion vor Ablauf der «Gnadenfrist».

Griechenland und die Folgen Die «*Hilfe für Griechenland und die Türkei*», die nach Präsident Trumans Antrag die amerikanische Bundesversammlung in den nächsten

Tagen beschließen wird (wenn auch mit etlichen Vorbehalten, deren wichtigster eine höfliche Verbeugung vor den Vereinten Nationen ist), ist nur dem Grad, aber nicht dem Grundsatz nach von dieser Präventivkriegspolitik verschieden. Sie ist zunächst erst auf die *Einschüchterung*¹⁾ der Russen gerichtet, deren Vordringen in den Mittelmeerraum und von dort nach Westeuropa und weiter man (aufrichtig oder nicht) fürchtet, sagte doch Senator Vandenberg, eine der Hauptstützen der amerikanischen Außenpolitik, bei der Einbringung der «Truman-Bill» im Senat, wenn die Russen ihre «Angriffs- und Ausdehnungspolitik» fortsetzten, so wäre «der Nahe Osten nicht weit genug entfernt, um unsere eigenen Städte, New York oder Detroit, Chicago oder San Francisco, in Sicherheit zu lassen». Aber es liegt auf der Hand, daß von *dieser* Art Vorbeugung gegen die behaupteten Eroberungsabsichten der Sowjetunion bis zu einem eigentlichen Vorbeugungskrieg kein allzu großer Schritt mehr ist, eine Erwägung, die nicht wenige verantwortungsbewußte Amerikaner, selbst in den führenden kapitalistischen Kreisen, der Aktion Trumans und Marshalls nur mit einem Zögern und Bangen zustimmen läßt.

Erfreulich ist auch, daß die Maskierung des amerikanischen Eingreifens in Griechenland und der Türkei als einer Unternehmung zum *Schutze freier Völker* vor Despotie und Vergewaltigung die ernsteren Amerikaner nicht mehr zu täuschen vermag. Sogar in einem so konservativen Blatt, wie es die «*New York Herald Tribune*» ist, wird festgestellt, daß die gegenwärtige griechische Regierung «die bürgerlichen Freiheiten beinahe im selben Maß unterdrückt wie die von den Sowjets eingesetzten totalitären Regimes um Griechen-

¹⁾ Wie weit dieser Geist der Einschüchterung und Bedrohung bereits um sich gegriffen hat, zeigt auch der Vorschlag Bertrand Russells, des berühmten englischen Gelehrten und Pazifisten, die Vereinigten Staaten sollten der Sowjetunion ein Ultimatum für die Annahme ihres Abrüstungsprogramms stellen und bei Ablehnung ohne weiteres den Atombombenkrieg gegen Rußland eröffnen.

land». Und auch in der hochbürgerlichen «New York Times» wird gegen die «griechische Finanzoligarchie» polemisiert, die ihre Gegner «nach dem Muster der Gestapo oder der russischen Geheimpolizei» behandle; nach Präsident Trumans Rede über Amerikas Pflicht zum Eingreifen im östlichen Mittelmeer seien in Athen 600 Oppositionelle, meist Aerzte und Rechtsanwälte, verhaftet und deportiert worden, und die lautesten Befürworter der amerikanischen Politik seien die «dreitaufend reichsten Athener», die von der Regierung vor jeder direkten Besteuerung geschützt würden. Mir bisher unbekannt war die ebenfalls interessante Tatsache, die das kleine, tapfere amerikanische Wochenblatt «In Fact» mitteilt, daß die Londoner Banken und andere englische Geldgeber griechische Obligationen in der Höhe von 400 Millionen Dollar in Händen haben, die zwischen 1898 und 1942 einen Jahreszins von 8,19 Prozent abgeworfen haben, was in diesen 44 Jahren eine Zinsensumme von fast anderthalb Milliarden Dollar ausmachte, das Vierfache des ursprünglich geliehenen Kapitals. «Diese schwebende Schuld und der wucherische Zinsfatz», so bemerkt das erwähnte Blatt, «ist zum großen Teil an der Verarmung Griechenlands schuld und erklärt auch bis zu einem gewissen Grade Großbritanniens Interesse an Griechenland». Ein republikanisches, linksgerichtetes Griechenland könnte in der Tat die Schuld irgendwie konvertieren und den Zinsfatz auf die «normale» Höhe herabsetzen wollen, und das wäre doch wirklich Bolschewismus im schlimmsten Sinn!

Die gegenwärtige griechische Regierung ist auf jeden Fall schon rein personell von der Diktaturregierung Metaxas unseligen Angehörenden nicht sehr verschieden, und sie hat denn auch, ermutigt durch die neue amerikanische Politik, einen förmlichen Ausrottungsfeldzug gegen die EAM, die Kampforganisation der Oppositionsgruppen, begonnen, hinter der immerhin 35 Prozent des griechischen Volkes stehen und die höchstens zu einem Viertel aus Kommunisten und sonstigen Linkenradikalen besteht. Der neue König Paul, der an die Stelle seines plötzlich verstorbenen Bruders Georg II. getreten ist, scheint ebenfalls ein guter Faschist zu sein, war er doch unter Metaxas Führer der ungefähr der Hitlerjugend entsprechenden offiziellen griechischen Jugendorganisationen.

Nein, die Legende von dem «freien Griechenland», dem die Weltdemokratie zu Hilfe eilen müsse, kann nur noch von Liebhabern politischer Zweckmärchen geglaubt werden. Und von der *Türkei* gilt daselbe. Es ist nicht ein Organ der Linken, sondern der als Sprachrohr rechtsbürgerlich-kapitalistischer Kreise geltende Pariser «Monde», der — durch seinen Mitarbeiter Sallebert — feststellen läßt, wie es in diesem «republikanischen Freistaat» tatsächlich aussieht, zum Beispiel in der Hauptstadt Ankara:

„Die Türken lieben es gar nicht, wenn man ihnen von diesen Elendsquartieren einer Stadt spricht, die gerne die modernste Stadt der Welt sein möchte; sie lieben es nicht, wenn man ihnen diesen dunklen Punkt ihrer Sozialpolitik vorhält . . . Wer von Sozialpolitik und Volksbefreiung spricht, fördert zugleich die Entwicklung linker Ideen‘, sagen sie. Diese Angst vor einer Linksentwicklung erklärt zugleich die außenpolitische Linie und den Polizeicharakter des modernen türkischen Staates . . . Die Türkei hat den Ruf, die meisten Polizisten der Welt zu besitzen; sie bleibt damit in den Ueberlieferungen des alten ottomanischen Reiches. Das Budget der Polizei ist höher als das der Landwirtschaft, obwohl die Türkei ein Land ist, in dem 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten.“

Ein Aufbauprogramm Das griechische Volk hätte freilich eine umfassende Hilfeleistung an seine hungernden Unterschichten und an seine so rückständige Wirtschaft aufs dringendste nötig; aber das ist es wirklich nicht in erster Linie, was die amerikanische Außenpolitik bezweckt. «Die Wahrheit ist», so sagte Henry Wallace unlängst in einer Rede, «daß es dem Präsidenten (Truman) und seinen republikanischen Stützen weniger um das Bedürfnis des griechischen Volkes nach Lebensmitteln als um das Bedürfnis der amerikanischen Flotte nach Oel zu tun ist. In zweiter Linie steht die Absicht, den Kommunismus einzudämmen». Wallace wird natürlich, besonders seit er auch in Europa die Wahrheit sagt, von den Propagandisten des amerikanischen Imperialismus aufs wütendste angegriffen und verleumdet, ähnlich wie seiner Zeit von den gleichen Leuten auch Franklin Roosevelt angegriffen und verleumdet wurde, ja noch heute leidenschaftlich gehaßt und beschimpft wird.

Allein darauf kommt es ja so wenig an wie auf den Entlastungsfeldzug, den jetzt Winston Churchill, u. a. auch in der «Neuen Zürcher Zeitung», für die amerikanische Mittelmeerpoltik führt²⁾; die Hauptfache wird doch bleiben, daß es in den Vereinigten Staaten wie sonst in der Welt Menschen gibt, die sich von der antikommunistischen Leidenschaft, der jetzt aufs neue die westlichen Länder zu verfallen drohen, nicht anstecken lassen und zur Vernunft und zur sachlichen Beurteilung der Sowjetunion und ihrer Politik mahnen. Solcher Menschen gibt es auch in Amerika mehr, als es scheinen möchte (Presse und Radio sind eben fast ganz in den Händen der herrschenden Parteien und Wirtschaftsmächte). Ein Zeugnis dafür ist der Offene Brief, den 23 Vertreter und Vertreterinnen amerikanischer Religionsgemeinschaften und Friedensvereinigungen,

²⁾ Bedenklich ist es zwar schon, daß sich Churchill jetzt rühmen kann, die gleiche Politik, die heute Amerika gegenüber Griechenland betreibe, habe er und die von ihm geleitete britische Regierung schon im Jahr 1944/45 verfolgt. Die Kritik, die sie dann von der Labourregierung unbelohnen übernommene Politik auf der britischen Linken seither gefunden hat, erfährt dadurch eine verspätete, aber deswegen nicht weniger solide Rechtfertigung.

darunter auch solche verschiedener Gruppen der Quäker, des Verföhnungsbundes und der Frauenliga für Frieden und Freiheit, jüngst an Präsident Truman gerichtet haben, und in dem es heißt:

«Durch ihr Unvermögen, den Nöten des russischen Volkes abzuhelpfen, und indem sie die russische Furcht vor einer Einkreisung durch feindselige Militärkräfte noch steigert, wird diese (Trumans) Politik tatsächlich mithelfen, Stalins Diktatur in Rußland nur zu stärken. Und da der Kommunismus am besten auf dem Boden von Krieg, inneren Unruhen und Armut gedeiht, so werden die amerikanischen Dollars, die für die Stützung der Militärmacht zweifelhafter Regierungssysteme in Europa und Asien angelegt werden, nur dazu dienen, die Uebelstände zu vervielfachen, welche die Menschen auch außerhalb Rußlands zur Beute des Kommunismus machen.»

Als positives Programm für die amerikanische Außenpolitik empfehlen die Unterzeichner der Kundgebung:

1. Ablehnung der Politik militärischer Intervention;
2. Verzicht auf den Rüstungswettlauf mit Atomwaffen und Einstehen für die Internationalisierung der Dardanellen, des Suez- und des Panamakanals sowie ähnlicher Verkehrswege;
3. Verwendung der gottgegebenen Wirtschaftskräfte Amerikas für die sofortige Linderung der Not der Heimatlosen und Hungenden und für ein umfassendes, weltweites Programm friedlichen Aufbaus, bevor es zu spät ist.

«Bevor es zu spät ist!» Darauf kommt es wirklich entscheidend an. Wird die Umkehr in Amerika noch *rechtzeitig* erfolgen? Wird man endlich anfangen, die «komunistische Gefahr» nicht durch Dollars und Atombomben, durch Lügenpropaganda³⁾ und Scharfmachertum zu bekämpfen, sondern dadurch, daß man dem Kommunismus in den Westländern eine auf deren Ueberlieferungen und Verhältnisse zugeschnittene *überlegene* Wirtschaftsordnung entgegenstellt, eine Ordnung, die freilich ohne eine radikale Umgestaltung des herrschenden Gesellschaftssystems nicht möglich ist? Das ist immer wieder die große Frage, die an die westeuropäisch-amerikanische Welt gestellt ist.

³⁾ Wie von einer gewissen amerikanischen Propaganda gearbeitet wird, geht auch aus der Erklärung des bisherigen, nun aber zum Protest gegen diese Methoden zurückgetretenen Pressechefs der USA.-Botschaft in Moskau, Willis, hervor, daß die diplomatische Vertretung der Vereinigten Staaten in der Sowjetunion von ‚berufsmäßigen Rußlandhassern‘ beherrscht sei. Er sei von diesen Leuten planmäßig an der Erfüllung seiner Verständigungsaufgabe gehindert worden. Was irgendwie für Rußland günstig gelautet habe, sei in seinen Berichten ausgemerzt worden; denn ‚diese Leute wollen nichts herauslassen, was in Amerika jemand auf den Gedanken bringen könnte, daß es doch möglich wäre, mit dem russischen Volk auszukommen. Sie haben ihren Ruf und ihre Karriere dem Rußlandhaß zu verdanken.‘

Deutschland und Europa

Es ist auch die Frage, von deren Beantwortung die Zukunft *Deutschlands* und seine Stellung in Europa in höchstem Maße abhängt. Die *Moskauer Außenministerkonferenz* dauert ja immer noch fort, aber sie hat noch wenig Greifbares erreicht, vielleicht abgesehen von dem wenigstens im Entwurf fertiggestellten Staatsvertrag mit *Oesterreich*, und auch der weist noch erhebliche Lücken auf. Was Deutschland betrifft, so stehen sich Rußland und die Westmächte (unter denen Frankreich manchmal eine Sonderpolitik verfolgt) immer noch grundätzlich verständnislos, um nicht zu sagen feindselig, gegenüber. Schon über die *staatsrechtliche* Gestaltung Deutschlands gehen, obwohl das die am wenigsten schwer zu lösende Frage ist, und trotz einer gewissen Annäherung der Standpunkte, die Auffassungen der «großen Vier» noch weit auseinander. Frankreich und Amerika wollen einen bloßen Staatenbund oder nur einen ganz lockeren, schwachen Bundesstaat, England neigt einem Föderalismus und Zentralismus vorsichtig ausgleichenden Bundesstaat zu und Rußland erstrebt, als Voraussetzung für eine durchgreifende Sozialisierung und Demokratisierung, einen starken, weitgehend zentralisierten Bundesstaat. Erst recht droht die *Grenzfrage* zu einem Zankapfel erster Ordnung zu werden. Frankreich fordert nun doch die Loslösung des Rheinlands und der Ruhr von Deutschland, dieser Gebiete, welche nicht nur die große Waffenschmiede des deutschen Militarismus gewesen sind, sondern immer auch sein Aufmarschfeld in den Kriegen mit Frankreich, während England und Amerika Mittel suchen, um Deutschland ohne Amputation weiterer Gebietsteile militärisch unschädlich zu machen. Anderseits geht Amerika, Rußlands gegenwärtige Schwäche, ja Aktionsunfähigkeit ausnützend, darauf aus, die deutschen Grenzen möglichst weit nach Osten auszudehnen, auf Kosten Polens, das sich in den ihm von der Potsdamer Konferenz «vorläufig» zugesprochenen Gebietsteilen östlich der Oder und Neiße längst häuslich eingerichtet hat. Wenn diese Absicht gelingen sollte (es ist zwar schwer einzusehen, wie sie gegen einen festen russisch-polnischen Widerstand durchgesetzt werden könnte), so hieße das, wie Mary Saran im «Socialist Commentary» zutreffend bemerkt, nicht nur zum alten Unrecht neues fügen — durch abermalige Entwurzelung von Millionen Menschen — und den deutschen Nationalismus stärken, der sich damit für seine Revisionspolitik belohnt sähe⁴⁾; es würde auch Rußland und den europäischen Osten noch mehr in die Isolierung drängen und die Sowjetunion zu einer Verstärkung ihrer Stellung in

⁴⁾ In Deutschland noch stark behindert, entfaltet sich die Revisionspropaganda in der deutschgeschriebenen Presse *Amerikas* fast hemmungslos. Ein einziges Beispiel: Der in Cleveland (Ohio) erscheinende „Einwanderersfreund“ schrieb vor einiger Zeit: „Das Deutschland der Zukunft wird sich niemals in sein Schicksal ergeben, bis die deutschen Gebiete, die jetzt von den Russen und Polen besetzt sind,

ihrer Besetzungszone veranlassen. «Eine durch Deutschland hindurchgehende Linie würde einen verarmten Osten und einen durch amerikanisches Kapital wieder hochgebrachten Westen von einander trennen», ein Zustand freilich, der für die Anhänger der kapitalistischen «Ordnung» nichts Schreckhaftes an sich hat, sie vielmehr mit den stärksten Hoffnungen auf eine «Erlösung» auch des östlichen Deutschlands erfüllt.

Denn die Frage: Kapitalismus oder Sozialismus? steht tatsächlich hinter allen Entscheidungen, die über die künftige Lebensform Deutschlands nicht nur, sondern ganz Europas, ja der Welt zu treffen sind. Sie steht vor allem hinter der Frage der *wirtschaftlichen Einheit* Deutschlands, der die Russen nur zustimmen wollen, wenn ihnen sofort *Reparationen* aus der laufenden Produktion Deutschlands zugesprochen würden und die rheinisch-westfälische *Großindustrie* der Aufsicht aller vier Großmächte unterstellt werde. Von deutschen Reparationslieferungen an Rußland aber — die Sowjetunion verlangt 10 Milliarden Dollar Erfatz für die zirka 130 Milliarden materielle Kriegsschäden, die sie durch den Kampf gegen Hitler erlitten hat — wollen die Amerikaner und Engländer schon deshalb nichts wissen, weil West- und Süddeutschland nur mit angelfächerlicher Hilfe leben können und es also in Wirklichkeit die Amerikaner und Engländer wären, die den Russen Reparationen zu bezahlen hätten — ein offenkundig widersinniger Zustand. So bliebe also nur eine direkte Wiederaufbauhilfe der Westalliierten, d. h. vor allem Amerikas, an die Sowjetunion übrig, um die Russen davon abzubringen, sich durch Reparationen selbst bezahlt zu machen, und das widerspricht nun eben vollständig der zurzeit maßgebenden amerikanischen Auffassung. Was aber die Internationalisierung und Sozialisierung der westdeutschen Schwerindustrie betrifft, so kennt man die Haltung Washingtons gegenüber diesem russischen Begehr ebenfalls. Ich habe schon in der letzten Weltrundschau die gegen die Haltung der amerikanischen Regierung gerichtete, von der amerikanischen und internationalen Presse fast ganz totgeschwiegene Senatsrede des Demokraten Pepper erwähnt; es verlohnt sich aber, aus dem inzwischen eingetroffenen Text der Rede auch nachträglich noch ein paar Sätze anzuführen, beleuchten sie doch die ganze Lage ausgezeichnet. Pepper sagte unter anderem:

„Mr. Dulles (es handelt sich um den einflußreichen Hauptberater der amerikanischen Konferenzdelegation in Moskau, der übrigens auch Pastor Niemöllers Propagandareise durch die Vereinigten Staaten begönnert hat. H. K.) schlägt vor, das

wieder dem Reiche gehören, auch wenn das einen blutigen Krieg bedeutet. Die sogenannte ‚Demokratisierung‘ der deutschen Jugend wird in dieser Beziehung gar nichts helfen, denn eines hat Hitler immerhin erreicht, nämlich die Einheit des Reiches.“ (Ich zitiere nach der Zeitschrift der amerikanischen „Gesellschaft zur Verhinderung des Dritten Weltkriegs“.)

Rheinland und die Ruhr mit ihren mächtigen Industrieanlagen nicht wirtschaftlich zu entwaffnen, sondern vielmehr ihre Kraft neu zu beleben, eine Kraft, die in der Vergangenheit einzig der Kriegsführung, der militärischen wie der wirtschaftlichen, diente... Nun ist aber dieser Vorschlag von Mr. Dulles im Grunde keineswegs neu, mag er auch in neuer Gestalt auftreten. Er nimmt einfach die gefährliche Lehre derjenigen Leute wieder auf, die fast 30 Jahre lang den Westen gegen den Osten auszuspielen gesucht haben, um Deutschland als industriellen und militärischen Keil zu benützen, der die Welt in zwei Teile aufspalten sollte. Es war die Lehre, die dazu führte, daß Deutschland Milliarden von Dollars für seinen Wiederaufbau nach dem ersten Weltkriege geliehen bekam. Es ist die Lehre, die unter Baldwin und Chamberlain die konservative Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland beeinflußte. Es war die Lehre, welche die britischen, französischen und amerikanischen Monopolisten zur engsten Zusammenarbeit mit ihren deutschen Kollegen veranlaßte. Es war die Lehre, die Churchill in seiner Rede von Fulton vertrat, und die vom amerikanischen Volk allgemein abgelehnt wurde. Es ist nicht die Lehre, der die Millionen amerikanischer Wähler anhingen, welche die Republikanische Partei unterstützten, sondern nur diejenige einer Handvoll amerikanischer Monopolisten, Bankiers und Bankiers-Generäle, die deren Politik seit dem Bürgerkrieg beherrscht haben...

Mr. Dulles weiß, daß ihn zur Ausarbeitung seines Planes nur sein Haß gegen die Sowjetunion getrieben hat, und daß er in der Hoffnung, Deutschland werde sich damit wieder gegen Osteuropa und besonders gegen die Sowjetunion wenden, bereit war vorzuschlagen, Deutschland ein neues Schwert in die Hand zu drücken gleich dem, mit dem es erst vor ein paar Jahren von kurzsichtigen Leuten bewehrt worden ist... Ich erkläre, daß Mr. Dulles mit seinem Vorschlag, Deutschland aus diesem oder jenem Grunde wieder zu bewaffnen, sein eigenes Land und seine eigene Rasse mit Krieg bedroht. Schamlos macht er die Tür zu einem neuen München auf, das zum ärgsten aller Kriege auf unserer Welt führen müßte.“

Ich habe dieser Feststellung der Verantwortlichkeiten für einen allfälligen dritten Weltkrieg nichts beizufügen als die Bemerkung, daß der hier gekennzeichnete Plan längst nicht mehr ein bloßer Plan Dulles, sondern bereits ein Stück jener «Truman-Doktrin» ist, die auch hinter der «Hilfe für Griechenland und die Türkei» steht.

Wirrnis überall Der Wahnsinn dieser ganzen Doktrin sollte einem denkenden Lebewesen eigentlich schon durch die fast verzweifelte Notlage zum Bewußtsein gebracht werden, in der sich der größte Teil Europas infolge des kaum hinter uns liegenden zweiten Weltkrieges befindet.

Rußland hat — so schätzt der amerikanische Publizist Edgar Snow, der die Sowjetunion gut kennt, in einer aufsehenerregenden Artikelreihe der «Saturday Evening Post» — rund 7 Millionen Soldaten im Kriege gegen Deutschland verloren; dazu kommen vielleicht ebenso viele Krüppel und einige weitere Millionen getötete Zivilpersonen. Gleichzeitig sind 6 Millionen russische Häuser zerstört worden, während Industrie, Verkehr und Landwirtschaft derart zerrüttet wurden, daß ihre Wiederaufstellung lange Jahre geduldiger Arbeit beanspruchen wird.

Womöglich noch schlimmer ist die Lage *Polens*; wir haben darüber früher einmal berichtet. Wie es um *Deutschland* steht, weiß man

zur Genüge; die jüngsten Hungerdemonstrationen waren mehr als bloß politische Zweckveranstaltungen. Daß die gegenwärtige leibliche und seelische Verfassung der Deutschen nicht der Boden ist, auf dem gute Frucht wachsen kann, ist fast selbstverständlich, und Edmond Privat hat nur zu sehr recht, wenn er im «*Effor*» schreibt:

„Es ist eine Täuschung, wenn man meint, Galgen und Gefängnisse genügten, um die Nazi am Wiederaufkommen zu verhindern. Wenn sie in den Herzen wieder-aufkommen, ist das Unglück schon geschehen... „Buße“ geht nicht bloß wider den preußischen Stolz, sondern ist unmöglich auf dem Boden von Not und Hunger. Darauf kann nur das Dornengestrüpp der Rache wachsen.“

Frankreich windet sich andauernd in wirtschaftlichen und sozialen Krämpfen und stinkt wieder einmal von öffentlichen Skandalen widerlichster Art. Was wunder, wenn General *de Gaulle* die Rolle des im einsamen Zelte grollenden Achilleus weggeworfen hat und sich nun auf allen Marktplätzen in der Pose des Mächtigern-Retters seines (wie er glaubt) durch unfruchtbaren Parteihader zerrissenen Vaterlandes beklatschen läßt: «Der Tag wird kommen, da...» — und so fort, nach bekannten Mustern! Die französische Regierung wird es noch schwerer haben als bisher, dem von Herrn *de Gaulle* neu angeblasenen Nationalismus eine halbwegs vernünftige europäische Außenpolitik entgegenzusetzen. Und daß die neue Volksbewegung, die *de Gaulle* antreiben will, nicht zu einer wirklichen Sammlung des französischen Volkes führen wird, sondern höchstens zu einer unheilvollen Koalition der Rechten gegen die Kommunisten, wobei die Sozialisten zwischen Stühle und Bänke zu fallen drohen, das steht ohnehin fest. Frankreichs Leiden sitzt zu tief, als daß es mit autoritären oder diktatorischen Mitteln geheilt werden könnte.

Inzwischen droht auch *Italien* mehr und mehr in Not, Inflation und Schulden zu versinken. Aber Herr *de Gasperi*, moralisch gestärkt aus Amerika zurückgekehrt, glaubt unentwegt an die Demokratie, so wie er sie eben versteht, und die Kommunisten haben ihm in törichtem Opportunismus noch den Gefallen getan, zusammen mit Klerikalen, Qualunquisten und Monarchisten für die Verankerung von Mussolinis Lateranverträgen in der neuen Verfassung zu stimmen, also die junge italienische Republik an den altbösen Feind, den die vatikanische Machtpolitik darstellt, auszuliefern. Die Evangelische Kirche Italiens hat mit Recht, würdig, aber bestimmt, gegen diesen schändlichen Akt protestiert.

Was eigentlich in *Spanien* vorgeht, weiß diesseits des «eisernen Vorhangs» kein Mensch so recht. Fest scheint nur zu stehen, daß General *Francos* grotesker Entschluß, die Monarchie theoretisch wieder herzustellen, sie praktisch aber für die Dauer seines Lebens auszuschalten, ein Ausdruck der Verlegenheit ist, in der er sich augenblicklich befindet. Er dürfte dazu beitragen, daß sich Monarchisten

und Republikaner, Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten zu einer neuen, auf den Sturz der Diktatur abzielenden Volksfront zusammenzuschließen, der «nur» mehr Großgrundbesitz und Kapitalmächte, Kirche und Armee, die alten Widerfacher des Fortschritts und der Freiheit, gegenüberstehen werden.

Angelsächsische Sorgen *England* ist für einmal, und mit einer bewundernswerten Tapferkeit, über die Häufung von Krisen, die über es hereingebrochen sind, soweit glücklich hinweggekommen. Aber niemand täuscht sich darüber, daß die tiefen Ursachen, welche die Kohlen- und Elektrizitätsnot erst so ausnehmend gefährlich gemacht haben, nur durch die zäheste, zuchtvollste Anstrengung der ganzen Nation und besonders ihrer neuen Führungsschicht aus der Welt zu schaffen sind. Die Schwierigkeiten, unter denen Großbritannien jetzt leidet, sind zu verwickelt und vielfältig, als daß sie mit einer einzigen großherzigen Kraftleistung zu meistern wären; sie liegen ja ebenso sehr, wenn nicht mehr, im fort schreitenden Versagen der kapitalistischen Wirtschaft und im Zerfall des alten Weltreiches mit den sich daraus ergebenden gewaltigen wirtschaftlichen Verlagerungen, insbesondere in der industriellen Selbständigmachung der Kolonien, Kronländer und Dominien, als in den Nachwirkungen des letzten Krieges und erheischen darum eine wirtschaftlich-politische Neuplanung größten Stiles und von klarster Inspiration. Daß eine konservativ-imperialistische Regierung, gar noch unter Churchills Führung, dieser Aufgabe irgendwie gewachsen wäre, davon kann überhaupt keine Rede sein. Es muß schon gut gehen, wenn auch nur der keineswegs zaghafte oder zu radikalen Neuerungen unfähige Sozialismus der gegenwärtigen Labourführung seinen Weg durch das Trümmerfeld hindurch findet, das der Einsturz einer ganzen alten Welt hinterlassen hat.

Die *Wehrpflichtfrage*, die in den letzten Wochen das politische Leben Großbritanniens so stark beherrscht hat, ist nur eines, und nicht einmal eines der zentralen Probleme, vor denen die Labourregierung steht. Die Lage des Kabinetts ist ja allerdings ungemütlich genug; auf der einen Seite kann und will es auf die Reichsverteidigung aus eigener Kraft nicht einfach verzichten, auch wenn dem Empire für absehbare Zeit von keiner Seite her ernstliche Gefahr droht; auf der anderen Seite geht die Aufrechterhaltung einer Wehrmacht ersten Ranges so sehr über die wirtschaftlichen Kräfte Großbritanniens, daß schmerzliche Verzichte — schmerzlich für die Erben einer großen imperialen Ueberlieferung — unmöglich zu vermeiden sind. Die Regierung glaubt einen Ausweg aus diesem Dilemma darin gefunden zu haben, daß sie für die dritte Lefung des Gesetzes eine Herabsetzung des obligatorischen Militärdienstes (dessen Prinzip sie nicht

preisgeben will) von 18 auf 12 Monate mit entsprechender Vermin-
derung der Armeebestände — es handelt sich schätzungsweise um
100 000 Mann — vorschlägt. Das versöhnt einen Teil der Opposition,
welche gegen die Vorlage in der Labourpartei selbst aufgetreten ist,
und verdirbt anderseits den Konservativen das Geschäft, die in zweiter
Lösung mit der Labourmehrheit gestimmt und dadurch die Regie-
rung in eine schiefe Lage gebracht hatten, jetzt aber über den «Um-
fall» des Kabinetts sehr zornig sind.

Daß die Stellung Attlees und seiner Mannschaft trotz all den
unendlichen Schwierigkeiten der jüngsten Zeit im ganzen unerschüt-
tert ist, zeigen die Ergebnisse der letzten Serie von Gemeinde- und
Bezirkswahlen, welche die Labourpartei als durchaus im Besitze des
Vertrauens ihrer bisherigen Wähler befindlich erwiesen haben.

In den *Vereinigten Staaten* sind die wieder aufflackernden *Streik-
bewegungen*, die diesmal vor allem die Telephon- und Telegraphen-
angestellten sowie schon wieder die Bergarbeiter erfaßt haben, neue
Symptome der sozialen Unraut, in welche ein sich hemmungslos aus-
tobender Freibeuter-Kapitalismus das Land geworfen hat. Ein weite-
res Symptom ist die völlig kopflose *Kommunistenjagd*, die drüben
wieder einmal im Gang ist und bedenklich an die Hysterie der Jahre
1917 ff. erinnert; es hätte nicht viel gefehlt, so wäre ihr auch David
Lilienthal zum Opfer gefallen, der hoch verdiente frühere Leiter des
Tennessee-Tals-Werkes und nunmehrige Präsident der Atomkraftkom-
mission, der erst nach wochenlangen, peinlichen Auseinandersetzun-
gen vom Senat in seinem neuen, so ungeheuer verantwortungsvollen
Amte bestätigt worden ist. Präsident Truman selbst ist übrigens in
einem Brief an den oben genannten Mr. Earle, der bisher auch an der
Spitze der antikommunistischen Vereinigung Amerikas stand, von
der Stimmungsmache gegen die «Roten» deutlich abgerückt und hat
seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich in den Vereinigten Staaten
noch genügend viele gesund denkende Leute finden würden, die
sich von dem bolschewistischen Popanz nicht schrecken ließen. Herr
Earle hat darauf freilich prompt erwidert, Truman beweise damit
nur wieder, wie inkonsequent er sei, habe er doch selber, im Zuge
der Kommunistenjagd, die Bundesverwaltung von allen irgendwie
umstürzlerischer Gedanken verdächtigen Personen säubern lassen und
eröffne jetzt, mit seinem Eingreifen in Griechenland und der Türkei,
sogar eine antikommunistische Offensive im Weltmaßstab. Womit
Mr. Earle auch recht hat. Truman ist wirklich nur ein schwankendes
Rohr, das von jedem Windstoß bewegt wird, kein politischer Führer,
der auch im Aufruhr der Elemente fest steht und seinen Weg findet.
— In *Kanada* ist übrigens das längst diskutierte Kommunistenverbot
vom Unterhaus in erster Lösung bereits angenommen worden; die
leidige Spionagegeschichte hat ihm ausgezeichnet vorgearbeitet.

Der Kampf Indochinas

Und nun zum Schluß nur noch ein rascher Blick auf die farbige Welt und die gewaltige Gärung, in der sie sich befindet. In der französischen Kammer ist es ob den Krediten für den Krieg in *Indochina* zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen gekommen, die wiederholt sogar in Täglichkeiten ausarteten. Ein paar Tage lang schien die Existenz der Regierung selbst bedroht, bis das Theater das in diesem Fall zu erwartende happy end dadurch nahm, daß die Kommunisten, die sich zuerst als die unversöhnlichen Gegner des Kolonialimperialismus aufgespielt hatten, originellerweise Stimmthalaltung übten, aber ihre Minister ermächtigten, *für* die Regierung zu stimmen. Frankreich scheint eben von seinem Weltmachstraum einfach nicht loskommen zu wollen; die Linke fürchtet außerdem die Ausbeutung jeder vermeintlichen Schwäche auf ihrer Seite gegenüber den «nationalen Belangen» durch de Gaulle und seine Mitläufer, die immer noch von den alten Illusionen leben, obwohl die tatsächliche Stellung Frankreichs in der Welt Nüchternheit und Selbstbescheidung geböte.⁵⁾ Die Indochinesen aber sehen ihre längst gewonnene Ueberzeugung bestätigt, daß sie sich einzigt auf ihre gerechte Sache verlassen können und auf ihren Willen, sie zu verteidigen, nicht auf Unterstützung von außen her, möge sie versprochen werden woher sie wolle. Wie der Amerikaner Harold R. Isaacs in seinem Buch «Kein Frieden für Asien» — das wir aus einem in der «New Republic» erschienenen Auszug kennen —, schreibt: Die Annamiten haben den Glauben an die «fortschrittlichen», «antiimperialistischen» Kräfte in der Welt gründlich verloren. Sie bekommen von allen Seiten schöne Worte, aber nichts, was einer solidarischen Tat gleichkäme. «Die Amerikaner sind Demokraten in Worten, aber keine Helfer mit der Tat, genau so wie die Russen Kommunisten in Worten sind, aber keine Helfer mit der Tat. „Wir stehen anscheinend ganz allein“, meinte Ho Chi-minh (der bedeutendste Führer des annamitischen Volkes) einfach. „Wir werden auf uns selber angewiesen sein.“»

Die Franzosen haben damit gegen die «kommunistischen Rebellen» leichtes Spiel — vorerst wenigstens. Sie können ihr «Kulturwerk» fortsetzen, so wie sie es über ein Menschenalter lang betrieben haben. Noch eines der letzten Budgets für *Indochina* enthielt zum

⁵⁾ Erfreulich ist immerhin, daß der sozialistische Abgeordnete Eugène Thomas, der *Indochina* bereist hat, im „*Populaire*“ die Mordbrennerstrategie der Kolonialgeneräle scharf verurteilt: „Nicht mit Plünderungen, Morden, Vergewaltigungen, nicht mit dem Niederbrennen von Dörfern und der Massenhinrichtung Unschuldiger wird man in den Herzen der Annamiten die Liebe zu Frankreich erwecken können. Auf die Gefahr hin, von gewisser Seite angegriffen zu werden, muß ich sagen, daß die Anwesenheit der Division Leclerc und der Fremdenlegion in *Indochina* dem französischen Interesse nicht gedient hat.“ — Die jüngsten Unruhen in *Madagaskar* und *Algerien* werden hoffentlich dazu beitragen, den Franzosen die Augen für ihre wirkliche Lage doch noch zu öffnen.

Beispiel einen Posten von 15 Millionen Piastern für 30 000 annamische Beamte und Angestellte, während für die 5000 französischen Beamten und Angestellten 40 Millionen Piaster ausgesetzt waren. 1943 gab die Kolonialregierung ganze 30 000 Piaster für Bibliotheken aus, 71 000 Piaster für Krankenhäuser und 748 000 Piaster für Schulen — aber rund 4½ Millionen Piaster für den Ankauf von Opium, das durch das amtliche Monopol im Land verteilt wurde. 40 Jahre nach der Eroberung des Landes durch Frankreich genossen erst 2 Prozent der Bevölkerung einen primitiven Elementarunterricht und ½ Prozent einen gewissen Sekundarschulunterricht. Gleichzeitig gab es 31 Spitäler, aber auch 81 Gefängnisse, außer den Konzentrationslagern. Die Annamiten, welche diese Segnungen nicht gebührend zu schätzen wußten, erfuhren die in solchen Fällen übliche Spezialbehandlung. Im Jahr 1930, über ein Jahrzehnt vor Lidice, schoßen beispielsweise fünf französische Bomber das Dorf Co-am in der Provinz Haiduong, zusammen, in das sich annamitische Aufständische geflüchtet hatten, und der Provinzstatthalter machte bekannt, «daß jedem Dorf, das sich in eine ähnliche Lage bringt, erbarmungslos das nämliche Schicksal bereitet wird».

Aber auch dieses Regiment ist schon gerichtet. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber schrecklich fein — ein Trost für uns alle, die wir nicht allein den Sturz der weißen Kolonialherrschaft und des neuen wie des alten Imperialismus erwarten, sondern den Zusammenbruch *aller* Unterdrückungssysteme in der ganzen Welt.

15. April 1947. ⁶⁾

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Ordnung der Wirtschaft Es ist merkwürdig: Alles profitiert bei uns von der ungeschwächten anhaltenden Nachkriegskonjunktur oder möchte doch davon profitieren; alles schwimmt im Geld, die öffentlichen Körperschaften mit ihren meist überraschend günstigen Jahresabschlüssen nicht weniger als eine ziemlich breite Schicht von Privatleuten und Großverdienern; Gewinne und Löhne steigen noch immer; der Lebensaufwand wird in weiten Kreisen zunehmend üppiger (vom heurigen Osterverkehr zum Beispiel erzählt man sich außerordentliche Dinge) — und doch scheint niemand dieses Segens so recht froh zu werden, scheint jedermann in Sorge darüber zu sein, was wohl hinter dem Segen laure. Von allen

⁶⁾ Die Aktualität der Weltrundschau — und in geringerem Maße der Schweizerischen Rundschau — leidet diesmal in besonders empfindlicher Weise darunter, daß zwischen ihrer Niederschrift und dem Erscheinen des Heftes ein allzugroßer Abstand liegt. Das Manuskript ist rechtzeitig abgeliefert worden, aber ohne mein Verschulden fast eine Woche lang in der Druckerei liegen geblieben.